

NOCH kannst Du ☹️

... in einer offenen Gesellschaft leben!

... anders sein und trotzdem gleichberechtigt!

... für Flüchtlinge und ein offenes Europa eintreten!

... Menschenrechte einklagen!

... auf die Unabhängigkeit der Gerichte vertrauen!

... eine Regierung wählen oder auch abwählen!

... für deine Meinung auf die Straße gehen!

*Aber wenn Rechtsaußen
das Sagen hat, ist bald
Schluss damit!*

Unsere Demokratie und unsere demokratischen Rechte sind in Gefahr. Die Gefahr geht aus von Rechtsextremisten innerhalb und außerhalb der Parlamente. Ihr Treffen in Potsdam Ende 2023, bei dem sie Pläne zur millionenfachen Vertreibung von Menschen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit geschmiedet haben, zeigt einmal mehr: Um ihre völkisch-nationalistische Ideologie durchzusetzen, schrecken Rechtsextremisten vor nichts zurück.

Sie wollen „**deutsches Blut**“ oder ein eigenmächtig definiertes „**Wohlverhalten**“ an die Stelle der Staatsangehörigkeit und des Aufenthaltsrechtes setzen und blasen damit zum Generalangriff auf unser Grundgesetz.

Rechtsextremisten haben der gesellschaftlichen Vielfalt in unserem Land den Kampf angesagt. Und sie sind bereit und entschlossen, alles zu beseitigen, was

ihnen dabei im Weg steht und unsere Demokratie ausmacht:

- die unabhängige Justiz,
- die kritische Zivilgesellschaft,
- die freie Presse,
- die Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht,
- das Recht auf Asyl,
- den Schutz von Minderheiten vor Rassismus und Diskriminierung und
- freie Wahlen.

Alle diese demokratischen Rechte und Errungenschaften stehen auf dem Spiel, wenn Rechtsextremisten an die Macht kommen. Wenn Björn Höcke, einer ihrer Vordenker, davon spricht, dass ein „**langer Weg des Aufräumens und des Neuaufbauens**“ vor ihnen liegt, sie nicht um eine Politik der „**wohltemperierten Grausamkeit herum-**

kommen“ und „sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen“ werden, dann stellen sie die bisherigen Grundlagen unseres Zusammenlebens und die Menschenwürde offen in Frage.

Kommt die Macht in die falschen Hände, drohen düstere Szenarien Wirklichkeit zu werden. Das Beispiel Ungarn zeigt: Eine Demokratie kann von innen ausgehöhlt werden. Die Gewaltenteilung und die freie Presse lassen sich Stück für Stück aushebeln, demokratische Rechte und demokratische Prozesse können schrittweise aufgehoben und durch autoritäre Strukturen ersetzt werden. Russland oder die Türkei zeigen: Kommt die Macht einmal in die falschen Hände, gibt es kein zurück! Koste es was es wolle!

Auch das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte, das Rechtsextremisten als **„Vogelschiss“** bezeichnen und vergessen machen wollen, lehrt, dass unsere Demokratie nicht in Stein gemeißelt ist. Sie kann von innen heraus untergraben und abgeschafft werden.

Bei den letzten freien Reichstagswahlen im November 1932 gingen 33 Prozent der Stimmen an die Nationalsozialisten, am 30. Januar 1933 wurde Hitler von Reichspräsident von Hindenburg auf der Grundlage der Weimarer Reichsverfassung zum Reichskanzler ernannt. Wenige Tage später wurden die **„rücksichtslose Germanisierung“** und die **„Schaffung von Lebensraum im Osten“** zum Regierungsprogramm und nur knapp zwei Monate später markierte das Ermächtigungsgesetz das Ende der Demokratie und den endgültigen Beginn der Gewaltherrschaft in Deutschland.

Erich Kästner, dessen Bücher 1933 von den Nationalsozialisten **„dem Feuer übergeben“** wurden wie anschließend Millionen Menschen, denen zuvor ihre Würde und ihre Rechte genommen worden waren, hat 1958 auf die Nazi-Herrschaft in Deutschland zurückblickend gesagt: **„Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. (...) Das ist die Lehre, das ist das Fazit dessen,**

was uns 1933 widerfuhr. Das ist der Schluss, den wir aus unseren Erfahrungen ziehen müssen. Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, ehe sie die Macht übernommen haben.“

1928 ist jetzt! „Nie wieder!“ ist jetzt!

Wer nicht zulassen will, dass die Demokratie in Deutschland noch einmal dem Hass auf vermeintlich „Andere“ geopfert wird, ist jetzt gefordert.

Wer morgen nicht in einem Deutschland aufwachen will, in dem die Presse-, Informations- und Versammlungsfreiheit abgeschafft und die unabhängige Justiz beseitigt worden sind, um „missliebige“ Menschen ungehindert ausgrenzen, aussortieren, herabwürdigen und diskriminieren zu können, muss spätestens jetzt wach und aktiv werden.

Es ist gut, dass Millionen Menschen seit Wochen gegen Rechtsaußen auf die Straße gehen und damit von demokratischen Rechten Gebrauch machen, die Rechtsextreme ihnen nehmen wollen. Dieser Einsatz für unsere Demokratie darf aber nicht bei Demonstrationen enden. Widerspruch braucht es auch im „Kleinen“: bei Klassenfesten, Familienfeiern und Betriebsausflügen, in der Straßenbahn und an der Supermarktkasse, im Verein und in der Nachbarschaft.

Und diesen Widerspruch braucht es bei den bevorstehenden Kommunal-, Landtags- und Europawahlen erst recht an der Wahlurne. Jede*r, der im Jahr 2024 das Recht zur Teilnahme an **„allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen“** Wahlen (Artikel 38 GG) hat, sollte es nutzen und keinesfalls Parteien wählen, die nicht davor zurückschrecken würden, es abzuschaffen, damit ihre hasserfüllte rechtsextreme Agenda für Deutschland Wirklichkeit werden kann.

Denn:

*... wenn Rechtsaußen
das Sagen hat, ist bald
Schluss damit!*

www.Noch-kannst-Du.de



Diese Kampagne wurde zu den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ entwickelt von der Stiftung gegen Rassismus in Zusammenarbeit mit dem Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz und der Diakonie Hessen.



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS



Initiativ Ausschuss für
MIGRATIONS POLITIK

Diakonie 
Hessen

www.stiftung-gegen-rassismus.de • www.ini-migration.org • www.diakonie-hessen.de